



AARGAU

AARGAUER TAGBLATT AARGAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

Unternehmenssteuerreform III

Das sagen die Wirtschaftsverbände

Handelskammer und Gewerbeverband sagen Ja, haben aber einen zentralen Vorbehalt zur Umsetzung im Aargau.

Die von Daniel Knecht präsidierte **Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)** spricht sich klar für die **USR III** aus. Die Vorlage verdiene ein deutliches Ja, schaffe sie doch die Grundlage für weiterhin fließende Steuereinnahmen, schreibt die **AIHK**. Zudem Sorge sie dafür, dass künftig alle Unternehmen nach den gleichen Spielregeln besteuert werden. Bei der Umsetzung im Aargau müsse man dann aber auf die kantonale Wirtschaftsstruktur Rücksicht nehmen. Der Aargau hat mehr als 5000 Familienunternehmen, die von der Reform (unterschiedlich) betroffen sind. Deren Interes-

sen seien zu berücksichtigen, fordert der Wirtschaftsverband. Mit der heutigen Teilbesteuerung bei namhaften Beteiligungen wird die Doppelbesteuerung von Dividenden reduziert. Mit der möglichen Einführung der zinsbereinigten Gewinnsteuer (NID, vgl. Glossar rechts) müsste die Teilbesteuerung von Bundesrechts wegen von 40 auf 60 Prozent erhöht werden. Die AIHK fragt dazu: «Der Nutzen einer NID-Einführung ist ungewiss – kommen dank NID tatsächlich zusätzliche juristische Personen als Steuerzahler in den Aargau?» Der Preis wäre zu hoch, fürchtet die Handelskammer und macht klar: «Der Vorstand der **AIHK** will eine kantonale Umsetzung ohne NID.»

Weit weniger klar ist die Zustimmung im von Kurt Schmid präsidierten Aargauischen Gewerbeverband (AGV). Der Verband tue sich mit dieser Vorlage schwer, heisst es in einer Mitteilung. Auch der

AGV würde sich heftig wehren, wenn die zinsbereinigte Gewinnsteuer (NID) käme. Das will der AGV keinesfalls. Man habe von der Regierung schon im August gefordert, «sich für die Beibehaltung des 40-Prozent-Satzes für die Dividendenbesteuerung und damit gegen die Einführung der zinsbereinigten Gewinnsteuer auszusprechen». Zwar sage der Regierungsrat jetzt immerhin, dass er die Interessen der Aargauer KMU berücksichtigen wolle. Es sei positiv, dass die Regierung durchblicken lasse, die Gewinnsteuertarife anpassen zu wollen. Der AGV-Vorstand verurteilt aber das Versteckspiel des Regierungsrats. Gleichwohl sagt er mit 12 zu 5 bei 2 Enthaltungen Ja zur eidgenössischen Vorlage. Er kündigt aber an, im Aargau das Referendum ergreifen zu wollen, «sollte die kantonale Umsetzung zu einer steuerlichen Mehrbelastung für das Gewerbe führen». (MKU)